

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 68 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Klaus Wettig MdEP zur Forderung nach einer Kulturklausel im GATT: Kulturelle Vielfalt in Europa sichern.

Seite 1

Manfred Opel MdB zum Somalia-Einsatz der Bundeswehr: Somalia-Einsatz wird für Ruhe zum Desaster.

Seite 2

Magdalene Hoff MdEP zu den Beziehungen der EG zu Rußland: Europäische Gemeinschaft setzt auf Stabilität in Rußland.

Seite 3

48. Jahrgang / 134

19. Juli 1993

Kulturelle Vielfalt in Europa sichern

Klausel im GATT gefordert

Von Klaus Wettig MdEP

Eine vom Europäischen Parlament verabschiedete Resolution fordert die Kommission auf, die kulturelle Besonderheit des audiovisuellen Sektors bei den Verhandlungen der Uruguay-Runde zu berücksichtigen. Dabei geht es insbesondere darum, die Richtlinie "Fernsehen ohne Grenzen" unangetastet zu lassen. Die Resolution beinhaltet außerdem die Forderung, die europäischen Filmförderprogramme sowie Koproduktionsabkommen zwischen den Mitgliedstaaten von der Meistbegünstigungsklausel (die vorschreibt, daß Handelsprivilegien automatisch auf alle GATT-Partner ausgedehnt werden müssen) auszunehmen.

Das Parlament stellt fest, daß die Handelsbilanz zwischen den USA und der EG im audiovisuellen Bereich in hohem Maß unausgeglichen ist. Amerikanische Einfuhren im Wert von drei bis vier Milliarden US Dollar stehen Ausfuhren aus der EG im Wert von 250 Millionen US Dollar gegenüber. Von Handelshemmnissen könne in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden. Im Europäischen Parlament wurde darauf hingewiesen, daß im Gegensatz zu den amerikanischen Behauptungen die Weigerung der US-Filmindustrie, europäische Filme zu synchronisieren wie ein nichttarifäres Handelshemmnis wirke. Nichtanglischsprachige Filme verlören damit ihre Marktchance in den Vereinigten Staaten.

Wie Sir Leon Brittan, zuständiger EG-Kommissar für den GATT, vor der Interfraktionellen Arbeitsgruppe "Cinema" des Europäischen Parlaments zusicherte, will die Kommission dem Druck durch die amerikanischen Handelspartner in Hinblick auf eine größere Liberalisierung der in der Fernseh-Richtlinie festgelegten nationalen Sendequoten nicht stattgeben. Gleichzeitig dürfe die "Kulturklausel" jedoch nicht als Vorwand für protektionistische Maßnahmen vonseiten der Europäischen Gemeinschaft dienen. Die Beihilferegelungen der Gemeinschaft für die europäische Filmindustrie seien in den Verhandlungen nicht bedroht.

Die konkrete Formulierung der Klausel steht bisher noch nicht fest.

(-/19. Juli 1993/ks/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Freiwiliger Umweltschutz
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Somalia-Einsatz wird für Rüge zum Desaster
Die Beschwichtigungspolitik ist gescheitert

Von Manfred Opel MdB

Sämtliche rechtlichen und faktischen Begründungen, mit denen die Bundesregierung den Somalia-Einsatz der Bundeswehr gegenüber dem Parlament rechtfertigte, sind bereits jetzt in sich zusammengebrochen. Die Beschwichtigungspolitik des Ministers Rüge ist gescheitert.

Das Ziel des humanitären Einsatzes hat klar erkennbar nie bestanden. Das räumen jetzt auch immer mehr CDU-Politiker ein. Die Bundeswehr droht in einen Guerilla-Krieg hineingezogen zu werden. Dessen Ausgang ist nicht zu übersehen.

Es gibt kein einziges befriedetes Gebiet in Somalia, deshalb waren die von der Bundesregierung behaupteten rechtlichen Voraussetzungen zu keinem Zeitpunkt gegeben. Die Situation wird erkennbar immer schwieriger in Somalia. Daher ist es auch politisch unverantwortlich, unsere Soldaten jetzt nach Somalia zu entsenden.

Die gesamte ursprüngliche Planung der UNO ist obsolet. Es ist keineswegs klar, ob die Italiener im vorgesehenen Raum bleiben. Die Italiener sind aber als "Schutztruppe" für die Deutschen vorgesehen. Es entfällt damit die entscheidende Voraussetzung, die von der Bundesregierung genannt wurde, für den Einsatz der Bundeswehr-Soldaten.

Blindes Vertrauen in die Weisheit der UNO, wie von Minister Spranger gepredigt, ist fehl am Platze. Es darf keinen UNO-Automatismus geben.

Der Verteidigungsminister hat immer behauptet, er habe die volle Befehls- und Kommando-Gewalt über das deutsche Kontingent. Die UNO hingegen verlangte von den Italienern die Ablösung des Generals Lol, da dieser nur auf Weisungen aus Rom reagiert habe. Da es keine Sonderrechte für Herrn Rüge gibt, trifft seine Behauptung nicht zu. Der deutsche Verband untersteht der operativen Befehlsgebung (operational control) der UNO. Anders würde, gerade in schwieriger Lage, eine geschlossene militärische Einsatzführung überhaupt nicht möglich sein.

Schon jetzt verselbständigt sich die deutsche Militär-Maschinerie. Die offiziellen Berichte aus Somalia sind geschönt. Über die Anwesenheit und den Beschluß deutscher Soldaten auf dem Flugplatz Mogadischu wurde gar nicht erst berichtet. Der Verteidigungsminister tut bei weitem nicht alles, was für die Sicherheit der deutschen Soldaten in Somalia erforderlich wäre. Da er von der Fiktion 'befriedeter Gebiete' ausging, vernachlässigte er die Verteidigungsfähigkeit und den Schutz des deutschen Kontingentes. Klammerheimlich hat er inzwischen Panzerabwehrraketen des Typs TOW nachgeschoben. Die potentiell tödliche Konsequenz des angeblich sicheren 'humanitären Einsatzes mit Selbstschutz-Komponente' ist eine unverantwortlich hohe Gefährdung deutscher Soldaten.

Die Bundesregierung hat gegenüber dem Verfassungsgericht behauptet, das deutsche Material würde vom US Logistic Command von Mogadischu nach Belet Huen transportiert. Auch das ist falsch. Die US-Soldaten ziehen ab. Es tritt deshalb genau die Gefährdung deutscher Soldaten ein, die gegenüber Karlsruhe bestritten wurde.

In Somalia baut sich eine explosive Bürgerkriegssituation auf. Die Bundeswehr läuft Gefahr, das Kampfpotential der Bürgerkriegsparteien ohne ihren Willen zu verstärken. Sie transportiert nämlich genau jene Güter ins Hinterland, welche die Bürgerkriegsparteien benötigen. Überfälle auf die Nachschubeinheiten sind deshalb vorprogrammiert. Dabei ist es völlig unerheblich, ob Aided überlebt oder nicht. Die Bürgerkriegsgegner können warten.

Sicher ist, daß mit dem Geld für die UN-Militäraktionen - es sind jährlich mehrere Milliarden DM - viel wirkungsvoller rein humanitär und ohne Militär geholfen werden könnte. Die UNO muß sich auf ihre ursprüngliche Aufgabe besinnen.

Da sich die Entscheidungssituation, wie die SPD vorhersagte, buchstäblich täglich von der ursprünglichen Zielsetzung der UNO entfernt, muß neu entschieden werden. Der Bundestag hat nicht beschlossen, daß deutsche Soldaten nach Somalia müssen. Die Regierung ist daher aufgefordert, sich unverzüglich zu korrigieren und angesichts der neuen Lage die Entsendung deutscher Soldaten auszusetzen. Wir müssen von der UNO fordern, ein neues Hilfskonzept vorzulegen. Das bisherige ist gescheitert.

(-/19. Juli 1993/ks/ks)

Europäische Gemeinschaft setzt auf Stabilität in Rußland

Von Magdalene Hoff MdEP
Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu den GUS-Staaten

Unsere Erwartungen an Rußland

Die Europäische Gemeinschaft hat ein großes Interesse an stabilen politischen Verhältnissen in Rußland. Ohne eine politische Stabilität haben die eingeleiteten Wirtschaftsreformen - Reformen, die eine sozial orientierte Marktwirtschaft anstreben - keine Chance. Ohne Wirtschaftsreform jedoch, und das heißt auch: ohne effektive Marktinfrastruktur im Bereich des Finanz-, Steuer-, Banken- und Versicherungswesen, kann die von der EG geleistete materielle und Know-How-Förderung nicht greifen. Darüber hinaus würde es die EG sehr begrüßen, wenn die Beziehungen Rußlands zu den Ländern der GUS auf zivile, friedliche und von der Suche nach Interessenausgleich geleitete Weise gestaltet werden. Permanente Konflikte und gewaltsame Auseinandersetzungen Rußlands mit einzelnen Nachfolgestaaten würden die Beziehungen zur EG stark belasten und deren Bereitschaft für eine "Hilfe zur Selbsthilfe" ganz erheblich dämpfen. Einvernehmliche Regelungen dagegen würden eine Konzentration Rußlands auf die inneren Reformen ermöglichen und günstige Voraussetzungen für engere Beziehungen EG-Rußland schaffen.

2. Verhältnis Parlament - Regierung

Das konfliktgeladene Verhältnis von Parlament und Regierung in Rußland betrachten wir mit großer Besorgnis. Natürlich wollen wir uns nicht in die schmerzhaften inneren Auseinandersetzungen des Landes einmischen. Über die Ausgestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft muß Rußland selbst entscheiden. Uns ist bewußt, daß die westliche pluralistische Demokratie das Ergebnis eines langen, oft schmerzhaften geschichtlichen Prozesses ist; Rußland, das seine eigenen historischen, politischen und kulturellen Voraussetzungen hat, kann sie nicht einfach als fertiges Paket übernehmen. Am wichtigsten erscheint mir, daß sich Rußland auf diesem Feld an den Prinzipien orientiert, wie sie in der Pariser "Charta für ein neues Europa" fixiert wurden. In diesem Sinne könnten wir uns durchaus ein starkes Präsidialsystem vorstellen (wie es ja auch in Frankreich existiert). Dies müßte freilich ein Präsidialsystem sein, das im Sinne der Gewaltenteilung auch Gegenkräften Raum lassen würde: einem demokratisch gewählten Parlament, einem unabhängigen Verfassungsgericht und schließlich (als "vierter Gewalt") einer unabhängigen Presse. Wir Europäer hoffen, daß sich Exekutive

und Legislative Rußlands in der Diskussion über die neue Verfassung inhaltlich näherkommen und auf ein Verfahren zur Verabschiedung einigen, das nicht erneut zur Konfrontation führt.

3. Balance zwischen Moskauer Zentrale und Subjekten der Föderation

Wir Europäer würden es sehr begrüßen, wenn Rußland in den Verfassungsdiskussionen eine Lösung fände, die im Hinblick auf Rechte und Pflichten eine ausgewogene Balance zwischen dem Moskauer Zentrum und den Subjekten der Föderation ermöglicht. Daß dies nicht leicht ist, wissen wir aus eigenen Erfahrungen: der Polemik gegen die 'zentralistische Bürokratie in Brüssel', den Disputen über die inhaltliche Ausgestaltung des Prinzips der 'Subsidiarität' etc. Natürlich wollen wir von außen keinen regionalen Separatismus fördern, im Gegenteil: Europa ist interessiert an einem stark und selbstbewußten Rußland. Zugleich scheint es uns aber sinnvoll, wenn den Subjekten der Föderation größere Befugnisse eingeräumt würden. Für die EG läge darin die Chance zur Verstärkung der wirtschaftlichen Direktbeziehungen mit den Republiken, Regionen und Gebieten Rußlands. Abgerissene Verbindungen könnten auf dezentraler Basis neu geknüpft werden, den Wirtschaftsbeziehungen könnten damit gleichsam von unten neue Impulse verliehen werden. Wir sehen es so: Eine wirtschaftliche Gesundung der Föderations-Subjekte würde separatistische Tendenzen eindämmen und die integrativen Kräfte stärken.

4. Beziehungen zu den Staaten der GUS

Wir wissen, daß die Unabhängigkeit und Nationsbildung der GUS-Staaten für Rußland schwierige Probleme aufwirft und auch emotional nicht leicht zu verkraften ist. Dennoch erwarten wir - aus den eingangs genannten Gründen -, daß Rußland in seinen Beziehungen zum 'nahen Ausland' friedliche und von allen Beteiligten akzeptierte Lösungen anstrebt. Die EG selbst hat die GUS-Staaten als unabhängige Völkerrechtsobjekte anerkannt und beabsichtigt, demnächst Verträge mit ihnen abzuschließen (zunächst: Ukraine, Belarus, Kasachstan). Wir hoffen, daß man dies in Rußland akzeptiert und nicht als unfreundlichen Akt ansieht. Die EG ihrerseits ist bereit, das Bestreben Rußlands und der meisten anderen GUS-Staaten nach Aufrechterhaltung und Erweiterung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen untereinander zu unterstützen und damit einem in seinen Auswirkungen katastrophalen Zerreißen aller ökonomischen Verflechtungen entgegenzuwirken. Auch werden wir jene UdSSR-Nachfolgestaaten, die ein Nahverhältnis zu EG suchen, dazu auffordern, ihre Nationsbildung mit der Sicherung der Rechte ethnischer (das heißt vor allem: russischer) Volksgruppen und Minderheiten zu verbinden.

5. Abkommen EG - Rußland

Leider konnte der Vertrag über Partnerschaft und Kooperation zwischen der EG und Rußland nicht wie vorgesehen bis zum Kopenhagener Gipfel unterzeichnet werden, weil Moskau die Öffnung des EG-Marktes für russische Produkte als unzureichend erachtete und gewisse Brüsseler Vertragsklauseln als diskriminierend empfand. Im Europaparlament werden wir Kommission und Rat auffordern, ihre Positionen zu überdenken und die Importklauseln weiter zu liberalisieren. Rußland kann nicht vom Westen alimentiert werden, zumal dies negative politisch-psychologische Effekte verstärken würde. Viel wirksamer als jede materielle Unterstützung ist der verbesserte Zugang zu westlichen Märkten für russische Produkte, denn damit könnte das Land die notwendigen Devisen für seine Importe selbst verdienen.

(-/19. Juli 1993/ks/fr/ks)
